

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Städtischer Haushalt für das laufende Jahr endlich beschlossen:

Das Leben auf Pump geht weiter

Es kommt viel auf die Sichtweise an: Wer die gegenwärtige Regierungspolitik für erträglich hält, sich Vorteile davon verspricht und bereit ist, auf Gedeih und Verderb dem Regierungskurs in Berlin und Saarbrücken zu folgen, der konnte in der letzten Ratssitzung die Vorschläge der Verwaltung abnicken. Wer aber die Lage kritisch beurteilt und andere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit hat, musste dem vorgelegten Haushaltplan für 2013 seine Zustimmung verweigern, so wie DKP und Linke.

Wenig überraschend argumentierte Frau Bremm, die den Rotstiftkurs der Verwaltung unterstützte und meinte, „viele Maßnahmen hätten schon früher durchgesetzt werden müssen“. So kennen wir die FDP, die schon immer den Bessergestellten die Hasen in die Küche getrieben hat und nicht umsonst dafür von Kapitaleseite gesponsert wird. CDU-Sprecher Hubertus wiederholte seine seit Jahren praktizierte Gesundheitsbeterei und glaubte, diesmal noch deutlicher das Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Wie vage die derzeitige Situation ist und dass sie jederzeit kippen kann, dazu schwieg der Christdemokrat vorsorglich. Auf die von Franz Hertel vorgetragenen Argumen-

te wolle er nicht eingehen, wie Hubertus flapsig anmerkte. Doch diesmal hatte er ins Wespennest gestochen, denn Edith Albert (Foto) konterte: „Damit das ein für allemal klar ist: Hier geht es nicht um die Privatmeinung von Franz Hertel. Dieser hat für die DKP gesprochen und unsere Fraktion steht geschlossen hinter der von ihm vorgetragenen Erklärung. Die DKP lehnt den Haushalt klar ab“.



Erstaunlich das Verhalten der SPD, die noch im letzten Jahr gegen den Haushalt stimmte. Diesmal gaben sich die Sozialdemokraten geläutert, nachdem sie in den Arbeitsgruppen (eine Forde-

Eine eindrucksvolle Aktion der ver.di-Betriebsgruppe:

147 Mitarbeiter fehlen in der Klinik



Um was es geht, machte ein Schild sichtbar, welches am 13. April bei der Saarbrücker Aktion „Umfairteilen“ gezeigt wurde.

rung der SPD) „rechtzeitig“ eingebunden worden waren und mitentscheiden durften, an welcher Stelle der Haushaltspositionen das Skalpell angesetzt werden darf. So ist also das reale Leben: Kaum ist die SPD auf Landesebene in die Große Koalition eingebunden, schon will sie dem Volk erst recht weismachen, dass am Rotstiftkurs kein Weg vorbei führt. Und in Püttlingen verhalten sich die SPD-Kollegen als regierungstreue Untertanen.

Die DKP hat im Stadtrat deutlich gemacht, dass es zum Kurs „kommunaler Politik auf Pump“ eine politische Alternative gibt. Diese umzusetzen, ist jetzt eine dringliche Aufgabe. Auf den Innenseiten ist die Erklärung der DKP nachzulesen.

Bundesweit fehlen in den deutschen Krankenhäusern insgesamt 162.000 Vollzeitstellen, um eine gute Versorgung der Patienten und gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sicherzustellen. Das haben Erhebungen der Gewerkschaft ver.di ergeben. Die ver.di-Betriebsgruppe im Krankenhaus Püttlingen wollte diesen Mangel sichtbar machen und rief deshalb ihre Vertrauensleute zu einer spektakulären Aktion auf, die am 16. April vor dem Eingang zur Klinik durchgeführt wurde. Über 200 Kolleginnen und Kollegen nahmen daran teil, 147 von ihnen hielten Nummerschilder in die Höhe (Foto), um das Ausmass der Personalknappheit zu verdeutlichen. Auf Seite 8 lesen Sie weiteres zu diesem Thema.

Diskussion über Steuerbetrug derzeit im Blickfeld der Öffentlichkeit:

Die Sache mit dem Einzelfall

Das wirkte wie ein Paukenschlag: Der Präsident des FC Bayern gab bekannt, dass er Selbstanzeige wegen Steuerhinterziehung erstattet hat. Ausgerechnet Ulli Hoeneß, der sich wie kein anderer als moralische Instanz aufgespielt, sich als Saubermann und Oberguru der Bundesliga einen Namen gemacht hat, verliert plötzlich seine Strahlkraft und mutiert zum primitiven Steuerbetrüger.

Wie so oft erlebten wir, dass über Nacht aus den „Hosianna-Rufen“ der Schrei nach „Steinigt ihn“ wird. Freunde und Nutznießer von Hoeneß gingen plötzlich auf Distanz, Steuerbetrug hatten sie von ihm nicht erwartet.

Da gibt es nun viele, die von einem „Einzelfall“ sprechen und dabei die Wahrheit auf den Kopf stellen. Sind die Steuerbetrügereien von Tennisstar Boris Becker, von Steffi Grafs Manager Peter Graf, von Ex-Chef der Deutschen Post Klaus Zumwinkel, von Paul Schokemöhle, Patrik Lindner, Freddy Quinn und anderen Steuersündern schon alle vergessen?

Hoeneß ist kein Einzelfall, es ist das System Kapitalismus, dass solche Exzesse hervorbringt. Und wenn hunderte Steuerflüchtlinge sich selbst anzeigen, um einer Aufdeckung zuvorkommen, dann ist das ein Beweis dafür, dass Steuerbetrug kein Zufall und genau so

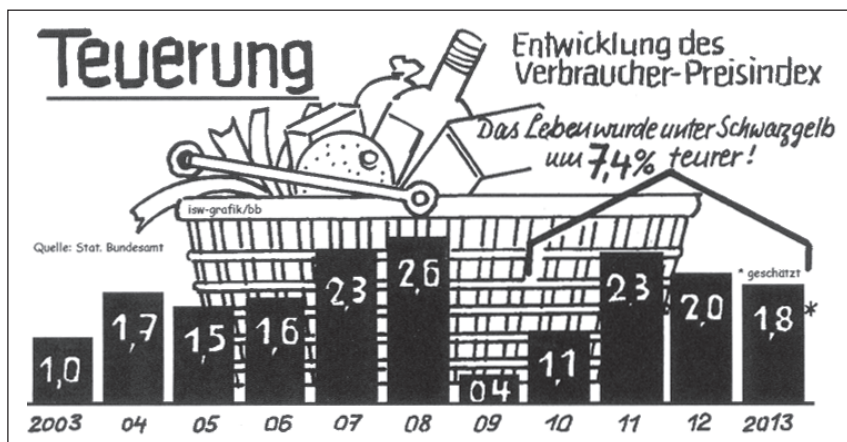
systemimmanent ist wie der neuerliche Skandal bei der CSU im Bayern-Landtag, wo Fraktionsvorsitzende ihre Ehefrau beschäftigen und dafür happige Staatsgelder kassieren.

Manche Leute tun überrascht, weil der Bayern-Präsident jetzt so dasteht. Dabei war Hoeneß schon immer ein Markenzeichen für die geltungssüchtigste und geldgierigste Variante des Profisports. Es geht da um eine Milliarden-Industrie. Ausgerechnet hier, wo mit so viel Geld gezoxt wird, soll es sauber zugegangen sein?

Es ist auch kein Zufall, dass Adidas-Chef Dreyfus dem Hoeneß mit 20 Millionen Mark zum Zocken ausgeholfen haben soll. Einfach mal so. Ganz „zufällig“ vor dem Einstieg von Adidas bei den Bayern.

Nach all den Zumwinkeln, Ackermännern, Guttenbergs und Schavans stellt sich doch eher die Frage: Wer von den honorigen Spitzen der Gesellschaft betrügt eigentlich nicht?

Nur, im Gegensatz zu einer Angestellten, die sich mal ein nicht gegessenes Brötchen vom Buffet nimmt und dafür streng bestraft wird, kommen die Steuerbetrüger meist mit einer Selbstanzeige anonym und billig davon. Das ist sehr ungerecht. Statt dessen müsste zumindest das Vermögen eingezogen werden, mit dessen Hilfe der Betrug an der Gesellschaft ausgeführt wurde



Wie schon in den Vorjahren verteuerte sich Energie überdurchschnittlich, nämlich um 5,7 Prozent in 2012 (davon: Kraftstoffe +5,7, Fernwärme +9,4, Heizöl +8,9, Gas +5,5, Strom +2,8 Prozent. Überdurchschnittlich stiegen auch die Preise für Nahrungsmittel: +3,2 Prozent. Vor allem einkommensschwächere Haushalte (Arme, Hartz-IV-Empfänger, Niedriglöhner) wurden von den gestiegenen hart getroffen.

DKP bleibt Grundsätzen treu:

Information und Meinung sind für uns wichtige Aufgaben



Liebe Leserinnen und Leser,

seit nahezu 42 Jahren erscheint die Stadtzeitung der DKP, jetzt halten Sie die 328. Ausgabe in ihren Händen. Für unsere Verhältnisse ist das eine beachtliche Leistung, denn es ist nicht selbstverständlich, dass sich eine Partei regelmäßig an die Öffentlichkeit wendet, über die Tätigkeit im Stadtrat berichtet und ihre Meinung zu wichtigen politischen und gesellschaftlichen Vorgängen äußert. Für die DKP gehört dies aber zu den Grundsätzen unserer Arbeit.

Es ist sicher kein Geheimnis, dass die Finanzierung einer solchen Zeitung immer ein großes Problem ist und wir auf solidarische Hilfe angewiesen sind. Umso erfreuter sind wir für die Unterstützung durch Spenden und Werbeanzeigen, wofür wir an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön sagen.

Kompliziert ist auch, dass der Abstand zwischen den einzelnen Ausgaben doch sehr lange ist. In dieser Zeit passiert immer so vieles, was eigentlich Wert wäre, berichtet oder kommentiert zu werden. Doch leider reicht dafür der Platz nicht aus. Deshalb müssen wir auswählen, vieles geht dabei unter. Dennoch hoffen wir auch diesmal, dass unsere Zeitung Ihr Interesse findet.

An noch eins soll hier erinnert werden: Wir beschränken uns natürlich nicht nur auf kommunalpolitische Themen, obwohl das der eindeutige Schwerpunkt ist. Für uns sind die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so wichtig für die Tätigkeit, dass wir uns auch damit beschäftigen. Natürlich muss unsere Meinung dazu in der Zeitung zu finden sein.

Franz Hertel

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen - Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Weiherbergstr. 51 - Eigendruck

Mit dem Austausch von Personen ist es längst nicht getan:

Politik braucht Neuausrichtung

Wüssten wir nicht ohnehin, dass am 22. September die nächsten Bundestagswahlen sind, dann brauchte man nur in den Medien nachzuschauen, um gleich zu wissen, dass der Poker um Wählerstimmen längst auf vollen Touren ist. Und je lauter die Parteien dem Wahlvolk weismachen wollen, wie gut und zuverlässig sie sind, um so vorsichtiger gilt es zu sein und sich nicht von leeren Versprechungen einfangen zu lassen.

„Die Chefs der großen deutschen Konzerne sind in Rekordlaune“, jubelte das ‚Handelsblatt‘ am 18.3.2013. „Ihre Einheiten haben sie in Gewinnmaschinen verwandelt. Europa diskutiert über die Schuldenkrise, Deutschland über Boni- und die Manager schreiben Gewinne wie noch nie“. Der Bilanzanalyse des ‚Handelsblatts‘ zufolge, verdienten die 30 Dax-Konzerne im Jahr 2012 65,6 Milliarden Euro, zwei Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Reallöhne sind zwar in den letzten drei Jahren leicht gestiegen, trotzdem „liegen sie real immer noch unter dem Niveau der Jahrtausendwende“, das schreibt WSI, das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut: Ein Beschäftigter hatte 2012 weniger Kaufkraft in der Tasche als 12 Jahre zuvor. In der gleichen Zeit ist jedoch das reale BIP (Bruttoinlandsprodukt) um 14,7 Prozent gestiegen, d.h. vom realen Mehrprodukt erhielten die Beschäftigten nichts, sie mussten sogar noch zwei Prozent abgeben.

Was Steuern angeht, sind die Lohnsteuerzahler und Verbraucher nach wie vor die Goldesel des Fiskus. Die Lohnsteuer stieg auf fast 150 Milliarden

Euro, sie macht ein Viertel des gesamten Steueraufkommens aus. Obschon die Gewinnsteuern etwas gestiegen sind, bringen sie es nur auf 20,7 Prozent, d.h. Konzerne, Unternehmer, Hausbesitzer, Aktionäre und Geldvermögende tragen gerade mal ein Fünftel zur Finanzierung des Gemeinwesens bei. Bedenkt man, dass die Lohnsteuerzahler ja auch an den Verbrauchsteuern (Mineralöl-, Strom-, Tabaksteuer usw.) beteiligt sind, dann ergibt sich, dass die Masse der kleinen Leute etwa drei Viertel des gesamten Steueraufkommens aufbringen müssen.

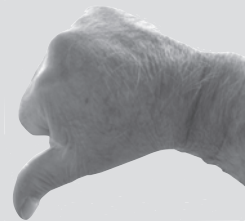
Es ist die schwarz-gelbe Koalition von CDU/CSU und FDP, die dafür gesorgt hat, dass den Reichen stets die dicksten Brocken in den Rachen geschoben und dem Volk die Lasten einer verfehlten Politik aufgehalst werden. Damit muss Schluss sein!

Nun gibt es nicht wenige, welche die SPD als Alternative sehen, z.B. auch DGB-Chef Sommer. Der verkündet in der Presse, die SPD sei „wieder Partei der kleinen Leute“. Kanzlerkandidat Peer Steinbrück macht dazu die Begleitmusik, indem er verspricht, den „Kapitalismus bändigen“ zu wollen.



Daumen drauf!

**Jetzt
sind die
Reichen an der Reihe**



Ausgerechnet **der**, der seinerzeit zusammen mit Schröder, Müntefering und Co. die Agenda 2010 durchgepaukt und all das möglich gemacht hat, wogegen die SPD gegenwärtig kämpft. Das kann doch nicht wahr sein.

Absenkung der Erwerbslosenbezüge unter das Existenzminimum, Abschaffung der freien Berufswahl, Einschnitte ins Renten- und Gesundheitssystem, Ausweitung des Niedriglohnsektors in bis dahin nicht bekanntem Maße - diese Punkte stehen für das „Reformpaket“ Agenda 2010, das die rot-grüne Bundesregierung 2003 durchgesetzt hat. Bis heute haben weder SPD noch Grüne öffentlich erklärt, dass das eine falsche Politik war. Im Gegenteil. Erst jüngst haben Schröder und Steinbrück die Agendapolitik offen verteidigt.

Es soll noch schlimmer kommen

Zehn Jahre danach soll jetzt eine neue Runde beim Sozialkassenschlag eingeleitet werden. Von Alt-Bundeskanzler Schröder über Allianz-Chefvolkswirt Michael Heise bis zur BILD sind sich alle einig: Eine Agenda 2020 muss her, denn „Deutschland kann seinen Vorsprung nur verteidigen (...), wenn wir hart an unserer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten“ (Schröder).

Agenda 2020, das würde bedeuten: Rente mit 70, weitere Lockerung des Kündigungsschutzes, Ausbau der „eigenverantwortlichen“ Gesundheitsversorgung und weitere Vorschläge, die im Kern neue soziale Angriffe gegen die Lohnabhängigen und Erwerbslosen darstellen.

Agenda 2020? Dazu darf es gar nicht erst kommen, diesmal muss der Widerstand stärker entwickelt und die Annahme verweigert werden. Eine neue Politik muss her, die gerechter und sozialer, auf Frieden und Entspannung ausgerichtet ist. Dafür gilt es im Wahlkampf einzutreten.

Stadtratssitzung vom 17. April:

Erklärung der DKP-Fraktion zum Haushalt 2013

Es ist sicher nur ein Zufall, dass vor genau elf Jahren, am 17. April 2002, hier im Stadtrat über den Haushalt für die Jahre 2002/2003 diskutiert wurde. Es ist aber kein Zufall, dass sich die finanzielle Lage der Stadt inzwischen weiter verschärft hat.

Damals hat die DKP kritisiert, dass die gewählten Räte der Städte u. Gemeinden ihr gesetzlich verbrieftes Recht auf Selbstbestimmung des kommunalen Geschehens, einschließlich der dazu gehörigen Finanzplanung, nicht unbehindert ausüben können. Heute kann davon noch weniger die Rede sein, wenn die Landesregierung mit dem Instrument der Schuldenbremse und dem Zwangsmittel der Haushaltssicherungskonzepte rabiat in das Verfassungsrecht der kommunalen Selbstverwaltung eingreift.

Gängelung durch das Land

Auch in Püttlingen schreibt uns die Landesregierung vor, was wir als Stadtrat zu tun oder lassen haben, andernfalls der Haushalt nicht genehmigt oder Zuschüsse nicht gewährt werden. Schon die Tatsache, dass bereits bei Beschlussfassung des Haushaltes ein Drittel des Jahres vorbei ist, zeigt, auf welch schwierigem Terrain wir uns bewegen. Hier musste viel hin- und hergerechnet, weggestrichen oder verschoben werden, damit der Entwurf bei der Landesaufsicht Gnade findet.

Die Verwaltung ist nun stolz, einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen zu können. Wir können dieses Gefühl nicht teilen, weil dieser Etat nur durch spürbare Abstriche bei Bürgerleistungen, durch exorbitante Gebührenerhöhungen (z.B. Friedhöfe, Grundsteuer B) und andere Belastungen zustande gekommen ist. Stets müssen die Bürger dafür den Kopf hinhalten.

Wir wissen, dass Püttlingen kein Einzelfall ist. Nahezu alle Kommunen im Saarland schaffen es nicht mehr, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Da wundert es auch nicht, dass weitere Schwimmbäder (z.B. Dudweiler, Altenkessel) geschlossen werden



DKP-Fraktion bei ihrer Vorbereitung auf die Sitzung des Stadtrates

sollen und aus Kostengründen über die Auflösung der Ortsräte (z.B. Heusweiler) diskutiert wird.

Bund und Land haben die politischen Rahmenbedingungen zu verantworten, die zu solchen Fehlentwicklungen führen: Immer noch anhaltende Arbeitslosigkeit, ein rapider Zuwachs an prekären Beschäftigungen, wachsende Kinder- und Altersarmut, eine fortschreitende Aushöhlung der Sozialsysteme sind einige der Merkmale für die aktuelle Situation.

Umso alarmierender ließ Anfang April folgende Schlagzeile aufhorchen:

Reiche bunkern Billionen Euro in Steuer-Oasen

Geheime Papiere enthüllen weltweite
Verschiebung gigantischer Vermögen

Hier ist also das Geld, welches helfen könnte, die Finanzprobleme des Landes und der Kommunen zu lösen. Man muss allerdings den Steuerbetrügern und Halsabschneidern endlich das Handwerk legen!

Schon öfter Vorschläge der DKP

Deswegen können wir uns hier längere Erläuterungen ersparen. Nur soviel: Die Gewerkschaft ver.di hat unlängst einen ganzen Katalog von Vorschlägen zur Verbesserung der Finanzlage in den Kommunen unterbreitet, wobei die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und der Erbschaftssteuer nur einige dieser Punkte sind, die auch

von der DKP nachhaltig vertreten werden.

Erst am letzten Wochenende, bei einer Aktion des Bündnisses „Umfairteilen“ vor der Europa-Galerie in Saarbrücken, hat die DKP Saarland eine Rechnung vorgelegt, was es bringen würde, wenn sieben Saarländer, die auf der Liste der 500 vermögendsten Deutschen aufgeführt sind, mit einer einmaligen Vermögensabgabe von 10 Prozent und einer jährlichen Vermögenssteuer von nur einem Prozent herangezogen würden. Dadurch stünden den öffentlichen Kassen im Saarland einmalig 410 Millionen und jährlich 41 Millionen Euro zur Verfügung. Das wäre schon was!

Nein zum HH-Sanierungsplan

Die DKP hat von Anfang an den Haushaltssanierungsplan verworfen, weil er im Sinne einer gesunden Finanzpolitik nicht zielführend ist. Dabei haben wir auch die in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen im Blickfeld.

Schon das vor 25 Jahren aufgelegte Sanierungskonzept hatte es in sich: Einsparungen beim Personal durch Verschiebung der Wiederbesetzung



freiwerdender Stellen und der Termine für Beförderungen sowie Einsparung von Stellen wurden damals durchgesetzt. Hinzu kamen Erhöhungen der Realsteuern, der Gebühren für Kanalbenutzung, Abwasserreinigung, Friedhof, Musikschule, Kindergärten, der Pacht- und Verwaltungsgebühren. Zugleich beschloss der Stadtrat, dass das Freibad für die Saison 1987 nicht mehr eröffnet wird.

Alles in allem waren es gravierende Maßnahmen, die an der generellen Lage nichts änderten und in der Folgezeit zu weiteren „Konsolidierungsprogrammen“ führten.

Wenn von Anfang an klar ist, dass eine Sanierung der Stadtfinanzen durch Rotstiftpolitik nicht erreichbar ist, ist es nach Ansicht der DKP unverantwortlich, diesen Weg zu gehen und den Abbau der kommunalen Dienstleistungen voranzutreiben. Das Vorgehen der Verwaltung wird auch dadurch nicht demokratischer, wenn der Stadtrat in Arbeitskreisen schon vorher mitreden darf. Das ist in etwa so, wie wenn ein Verurteilter selber mitbestimmen darf, ob der gehenkt oder erschossen werden soll.

Ein Beispiel für Sanierung

Wie die Sanierung praktisch abläuft, macht ein Beispiel deutlich: Da soll beim Eigenbetrieb Technische Dienste eine Stelle als Friedhofgärtnerin in Wegfall kommen, weil die Betreffende



Kundgebung vor der Europa-Galerie zum Abschluss der „Aktion Umfairteilen“

in den Ruhestand geht. Einsparung in 2013: 40.500 Euro. Das war's. Einen Ersatz gibt es nicht. Wer macht künftig die Arbeit? Die muss von den anderen mitgemacht werden, so einfach ist das. Zu solchem Vorgehen sagen wir Nein. Soweit die wesentlichen Punkte der DKP-Erklärung im Wortlaut. Im Übrigen kann festgestellt werden, dass sich die DKP bei den Stellenplänen des Eigenbetriebes und der Bediensteten der Stadt der Stimme enthalten hat, weil die Personalplanung nicht den Erfordernissen entspricht. Obwohl in einigen Bereichen (z.B. Bauhof, Friedhöfe) mehr Mitarbeiter notwendig wären, beugt sich die Verwaltung dem von oben verordneten Diktat zum Sparen. Den Wirtschaftplan des Eigenbetriebes

lehnte die DKP ab, da auch dieser von den Einsparmaßnahmen des Haushaltssanierungsplanes tangiert wird.

Nein zur Haushaltssatzung

Beim Erlass der Haushaltssatzung votierte die DKP mit einem eindeutigen Nein. Schon die Tatsache, dass der Ergebnisplan im Saldo mit einem Minus von 1.819.000 Euro abschließt, macht deutlich, wie schwierig es war, diesen Haushaltsplan überhaupt aufzustellen. Allein 52 Millionen Euro an Krediten zur Liquiditätssicherung sind eingeplant, damit die Stadt ihre Verpflichtungen erfüllen kann. Leben auf Pump bestimmt also weiterhin unser kommunales Dasein.

Die Verwaltung hat in ihrer Vorlage betont, dass die Stadt bisher die festgesetzten Sparmaßnahmen konsequent durchgeführt und damit eine Zuweisung aus dem Kommunalen Entlastungsfond (KELF) erlangt hat. Franz Hertel dazu im Stadtrat: „Man kann natürlich nicht bestreiten, dass 372.000 Euro ein ansehnlicher Betrag ist. Als ‚brave‘ Gemeinde ist Püttlingen von der Obrigkeit belohnt worden, aber im Grunde genommen werden wir mit unserem eigenen Fett geschmiert. Denn die KELF-Mittel sind zuvor den Städten und Gemeinden an anderer Stelle aus der Tasche gezogen und den Kommunen vorenthalten worden“.

Erneut hat die Haushaltsberatung 2013 bewiesen, dass viele Aufgaben in unserer Stadt auf der Strecke bleiben oder nur halbherzig angegangen werden (z.B. Erhaltung und Erneuerung von Straßen, Gehwegen, öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen), weil die Mittel dafür fehlen. Deshalb ist ein Kurswechsel unerlässlich.

Adressat für Steuerbescheid	Vermögen	einmalige Vermög.-Abgabe	jährliche Vermög.-Steuer
Richard Weber Karlsbergbrauerei	450 Mio. Euro	45 Mio. Euro	4,5 Mio. Euro
Edwin Kohl Kohl-Pharma	350 Mio. Euro	35 Mio. Euro	3,5 Mio. Euro
Röchling-Erben	300 Mio. Euro	30 Mio. Euro	3,0 Mio. Euro
Familie Martin u.a. Möbel Martin	300 Mio. Euro	30 Mio. Euro	3,0 Mio. Euro
Thomas Bruch Globus-Gruppe	2.050 Mio. Euro	205 Mio. Euro	20,5 Mio. Euro
Fam. Boch-Galhau Villeroy & Boch	350 Mio. Euro	35 Mio. Euro	3,5 Mio. Euro
August W. Scheer vormals IDS Scheer	300 Mio. Euro	30 Mio. Euro	3,0 Mio. Euro
Das sind insgesamt:		410 Mio. Euro	41 Mio. Euro

Die Liste der 500 vermögendsten Deutschen enthält auch die Namen von sieben Saarländern. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie durch die im Kapitalismus übliche Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, durch steuerliche Bevorteilung und andere Faktoren reich geworden sind. Ihnen etwas abzuzucken, würde sie nicht arm machen, aber der Gesellschaft viel helfen.

Aus der Natur für die Natur

Püttlinger Pflanzboden Püttlinger Natur-Kompost



Auf dem Dickenberg
66346 Püttlingen
Tel. 0 68 98 - 96 36-0
Fax: 0 68 98 - 96 36-36
umwelt@sandundkies.de
www.sandundkies.de



FENSTER-JERUSALEM GmbH
VERTRAGSPARTNER DER
SALAMANDER-WERKE

Eigene Produktion von
Fenstern, Türen u. Rolläden

Köllertalstraße 8
66346 Püttlingen

Telefon: (06898) 6 38 74 - Fax: (06898) 6 77 26

Gasthaus W. Meyer

Geöffnet ab 17.00 Uhr
Ruhetage: Montag u. Donnerstag

**Speisen à la Carte und
vom Kamin-Grill**

Probieren Sie doch mal unser
Freitags-Angebot. Hierzu erhalten
Sie 1 Bier und 1 Absacker. Für die
kleinen Gäste: Kindercocktail + Eis.
Wir empfehlen uns für Festlichkei-
ten aller Art (bis 150 Personen).

Aspenschacht, Bärenbergstr. 126
Telefon 06806 - 3723
66346 Köllerbach-Püttlingen

Ewald Raubuch



**Heizungsanlagen
Solartechnik
Badinstallationen**

Hohbergstr. 31
66346 Püttlingen
Telefon/Fax:
06898 - 6 36 93

Der Fachbetrieb in Ihrer Nähe



Jansen's Eck

Ecke Vöklinger / Derler Straße

66346 Püttlingen
Telefon 6 63 86

Donnerstags Ruhetag



Bei mehreren Pflanzaktionen, die anlässlich des diesjährigen „Tag des Baumes“ durchgeführt wurden, sind über 130 Bäume innerhalb der Stadt neu gepflanzt worden. Einer davon ist ein Holzapfelbaum, der auf einer frisch angelegten Streuobstwiese unweit der Kelterei des Obst- und Gartenbauvereins Köllerbach in die Erde gebracht wurde. Mit dieser symbolischen Pflanzung am 20. April, an der neben Regionalverbandsdirektor Peter Gillo auch der Bürgermeister, die Vertreter von Fraktionen, Vereinen und der Jugend-Feuerwehr teilnahmen, sollte die Bedeutung der Bäume für die Umwelt und die Lebensqualität der Bevölkerung besonders betont werden.

Ab 1. Juli soll es eine Erhöhung der Renten geben:

Mini-Plus durch Preisgeier schon aufgeessen

Zum 1. Juli werden die gesetzlichen Renten im Osten um 3,29 Prozent erhöht, im Westen dagegen um mickrige 0,25 Prozent. Die hohen Abweichungen zwischen Ost und West erklärt die Deutsche Rentenversicherung (DRV) mit „Eigenheiten der Rentenberechnung“. z.B. Nachholung von angeblich unterbliebenen Rentenkürzungen vergangener Jahre und höheren Steigerungen beitragspflichtiger Löhne und Gehälter im Osten.

Für die 16 Millionen Rentner in Westdeutschland bedeutet das nominale Miniplus eine weitere drastische Kürzung der realen Renten um mehr als 1,5 Prozent (Rentenerhöhung minus Inflation, die mit 1,8 % prognostiziert wird).

Es ist die neunte reale Minusrunde seit 2000. Nur in drei Jahren (2002: + 0,56 %, 2009: + 1,51 %, 2012: + 0,2 %) gab es minimale Zuwächse der Real-Renten.

Wie aus einer Antwort der Bundes-

regierung auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervorgeht, sank die Kaufkraft der Rentner seit dem Jahr 2000 im Westen um 17 Prozent, im Osten um 22 Prozent (Spiegelonline, 13.10.12). Danach lagen die durchschnittlichen Rentenzahlbeträge nach Abzug der Sozialbeiträge in den alten Bundesländern zuletzt bei 1.062 Euro und in den neuen Ländern bei 1.047 Euro. Gegenüber 2000 waren sie in West um 17 Euro höher, in Ost um 23 Euro niedriger. Gleichzeitig stieg aber im selben Zeitraum der Verbraucherpreisindex um etwa 20 Prozent, was den genannten Kaufkraftverlust erklärt. **Ein Rentner im Westen hat also gegenüber dem Jahr 2000 zwei volle Monatsrenten an Kaufkraft verloren, im Osten noch etwas mehr.**

Diese Entwicklung ist die Folge relativ niedriger Lohnabschlüsse und einer reaktionären „Sozial“politik auch zu Lasten von Millionen Rentnern.



Streiflichter des kommunalen Geschehens

Kurz und knapp

Der Mandolinenverein „Gut Klang“ Köllerbach konnte Mitte April sein 90-jähriges Bestehen feiern. Aus diesem Anlass hatte der Vorstand zu einem Martinée in Uhrmachers Haus eingeladen, an dem zahlreiche Ehrengäste teilnahmen. Unter ihnen weilte auch der DKP-Fraktionsvorsitzende, der in einem Grußwort den Verein zu seinem Jubiläum beglückwünschte und ein bescheidenes Präsent überreichte.

*

Zur Entwicklung der Vorschulen und Schulen in unserer Stadt hat die Verwaltung eine Fortschreibung der Planung für die nächsten Jahre vorgelegt und dabei versucht, die künftige Entwicklung unserer Schulen und Kinderinstitutionen den vorliegenden Zahlen anzupassen. Die DKP-Fraktion nahm diese Entwicklungspläne zustimmend zur Kenntnis.

*

Hochwasser im Schlehbachbereich hat schon mehrfach zu gravierenden Schäden für die Anlieger geführt und den Stadtrat veranlasst, den Auftrag zur Erarbeitung eines Hochwasserschutzkonzeptes zu erteilen. Inzwischen ist dieses Konzept, welches den Neubau des Hauptsammlers Schlehbach (3.BA) mit Rückhaltebecken u.a. vorsieht, im Werksausschuss vorgestellt und im Stadtrat auch mit den Stimmen der DKP beschlossen worden.

*

Das Brauhaus am Burgplatz hat am 8. März unter neuer Regie wieder geöffnet, zugleich wurde mit einem Empfang die Verleihung von drei Sternen für das „Hotel Stadt Püttlingen“ gefeiert. Dazu gratuliert die DKP, die bei der Festlichkeit durch ihren Fraktionsvorsitzenden vertreten war, ganz herzlich und wünscht erfolgreiches Wirken.

Kläranlage wird saniert:

Zufahrt über Feldweg erregt die Gemüter

„Herr Franz Hertel (DKP) fragt an, warum bei den vorbereitenden Arbeiten (Baumfällungen) für die geplante provisorische Zufahrt zur Kläranlage aus Richtung obere Völklinger Straße der zuständige Werksausschuss bzw. der Stadtrat und die von der Maßnahme betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht im Vorhinein informiert wurden“, so ist in der Niederschrift zur Ratssitzung vom 13. März 2013 nachzulesen.

Damit hatte die DKP Proteste von Bürgern aufgegriffen, die kein Verständnis für das Verhalten der Verwaltung aufbringen. Und in der Tat kann man die Reaktion der Bürger verstehen:

Da wurden Bäume abgeholzt, um eine provisorische Zufahrt zur Kläranlage herstellen zu können. Nach Angaben aus dem Rathau musste dies bis Ende Februar geschehen sein, weil danach wegen der Brutzeit von Vögeln das Abholzen verboten ist. Das wusste die Ver-



Während den Bauarbeiten an der Kläranlage soll dieser Feldweg, der provisorisch ausgebaut wird, als Zufahrt für die Baufahrzeuge dienen.

waltung also ganz genau, dass da aber auch noch Bürger sind, die einen Anspruch auf rechtzeitige Information haben, daran dachte wohl niemand. Und selbst der Stadtrat wurde **vorher** nicht unterrichtet.

Wie im Falle Konrad-Adenauer-Straße 23 (Wir berichteten darüber), wurde auch hier versäumt, die Öffentlichkeit **frühzeitig** in das Geschehen einzubeziehen. Die Verwaltung sollte begreifen, dass es so nicht weitergeht,

man kann die Menschen nicht ewig vor fertige Tatsachen stellen.

Was die Sache selbst angeht: Nach fast fünf Jahrzehnte langem Betrieb soll die Kläranlage in den nächsten drei Jahren grundlegend saniert werden. Der EVS will dafür rund zehn Millionen Euro investieren. Dabei muss für den LKW-Verkehr eine belastbare Zufahrt geschaffen werden.

Da die übliche Strecke zur Kläranlage über die Straße Am Hölzernen Steg wegen dem schlechten Zustand der dortigen Brücke nicht benutzbar ist und ein Neubau der Brücke nicht abgewartet werden kann, muss eine andere Lösung favorisiert werden. Nach Angaben der Verwaltung wurden mehrere Alternativen geprüft, schieden aber aus Kostengründen aus. Übrig blieb nur der Feldweg, der von der Völklinger Straße aus direkt zur Kläranlage führt und jetzt provisorisch hergestellt wird.

Man kann natürlich verstehen, dass die Anlieger in diesem Straßenbereich wenig begeistert reagieren, weil Lärm- u. Staubentwicklung bei Schwerlasttransporten entstehen können. Das trifft aber fast überall zu, wo größere Baumaßnahmen umgesetzt werden und wäre auch denkbar, wenn die Zufahrt über den Hölzernen Steg möglich wäre.

Die Sanierung der Kläranlage ist unumgänglich, da führt kein Weg vorbei. Aber man muss die Betroffenen rechtzeitig informieren, was auf sie zukommen kann und die zu erwarteten Belastungen auf ein Minimum beschränken. Dabei sollten Anregungen der Bürger unbedingt aufgegriffen werden.

Personalknappheit im Klinikbereich ist skandalös:

Aber die Kaputtsparer wollen weiter streichen



Wie auf der Titelseite bereits berichtet, wurde durch eine bundesweite Befragung das Fehlen von 162.000 Stellen festgestellt. Es handelte sich um eine Aktion, bei der ver.di über 25.000 Beschäftigte in Krankenhäusern aller Größenordnungen danach befragte, wieviel Personal nach deren professionellem Selbstverständnis und den Alltagserfahrungen zusätzlich benötigt wird, um Patient/innen gut versorgen bzw. die eigenen Aufgaben im Krankenhaus gut erledigen zu können. Einbezogen waren öffentliche, kirchliche und pri-

vate Krankenhäuser. Allein im Saarland wurde so ein Mangel von 3.350 Arbeitsplätzen in den Krankenhäusern festgestellt, in Püttlingen 147 Stellen.

Befragt wurden alle Berufsgruppen: neben der Pflege (38 % der Krankenhausbeschäftigten), die Funktionsdienste (OP, Anästhesie, Diagnostik: 12% der Beschäftigten), der ärztliche Dienst, der medizinisch-technische Dienst, Verwaltung, Technik und Servicedienste.

Wie anders wird das „offiziell“ dargestellt. So hatte ein Gutachter vor der Fusion der Knappschaftskliniken Püttlingen und Sulzbach festgestellt, dass 85 Stellen angeblich zu viel sind. Dazu bemerkte der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende und Vertrauensleutsprecher Hermann Blaß: „Zu einem solchen Ergebnis kann nur jemand kommen, der noch nie in seinem Leben in drei Schichten, an Wochenenden und Feiertagen in einem Krankenhaus gearbeitet hat.“ (zitiert aus ver.di-Infoblatt).